

Politik durch Dialog

halbzeit 2011 – 2014

spd-ratsfraktion-hannover.de



Inhalt

Begrüßung	Stadtentwicklung und Bauen	Integration, Europa und internationale Kooperation	Soziales	Schule
	Jugend	Kultur	Sport	Umweltschutz und Grünflächen
	Arbeit und Wirtschaft	Gleichstellung	Organisation und Personal	Haushalt, Finanzen und Rechnungs- prüfung



spd-ratsfraktion-hannover.de



Désirée Barnert



Ralf Borchers



Petra de Buhr



Regina Fischer



Anne-Maria Gahbler



Bruno Gill



Martin Hanske



Thomas Hermann



Henning Hofmann



Christine Kastning



Lars Kelich



Peggy Keller



Kerstin Klebe-Poltze



Michael Klie



Dr. Gudrun Koch



Dr. Jens Menge



Jürgen Mineur



Ewald Nagel



Robert Nicholls



Angelika Pluskota



Heidi Pohler-Franke



Christine Ranke-Heck



Wolfram Römer



Bernd Strauch



Belgin Zaman



Stefan Schostok

Die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion Hannover



Begrüßung



Begrüßung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir sind 2011 mit einer neuen Fraktion motiviert in die Legislaturperiode gestartet. Nun sind wir in der Mitte der Ratsperiode angekommen. In der ersten Halbzeit haben wir bereits viele langfristige Entscheidungen getroffen, die Hannover fit für die Zukunft machen.

Hannover ist eine Großstadt, in der das gute Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger für uns im Mittelpunkt steht. Unter dieser Prämisse haben wir die Schwerpunkte unserer Arbeit im Bereich Bildung, hier insbesondere durch den qualitativen und quantitativen Ausbau der Ganztagsgrundschulen, sowie in der Kinderbetreuung und dem sozialem Wohnungsbau gesetzt und Mehrjahresprogramme verabschiedet.

Als stärkste Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover richten wir den Blick weiter nach vorn auf die nächsten vor uns liegenden Herausforderungen.

Unsere Ziele aus dem rot-grünen Arbeitsprogramm werden wir weiter verfolgen und umsetzen. Politik durch Dialog ist unser Motto: Gemeinsam mit Ihnen als engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen wir Hannover weiter gestalten!

Herzlichst

Christine Kastning



Stadtentwicklung
und Bauen





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Thomas Hermann

Sprecher

Martin Hanske

Jürgen Mineur

Angelika Pluskota

Beratende Mitglieder:

Christian Kleine, Prof. Dr. Volker Stölting

Stadtentwicklung
und Bauen

Der demografische Wandel, die ökonomische Entwicklung und die Anforderungen an soziale Teilhabe haben das Thema Wohnen wieder auf die kommunalpolitische Tagesordnung gebracht. Hannover wird als Wohn- und Lebensraum immer attraktiver. Die Bevölkerung in Hannover ist in den letzten beiden Jahren um ca. 9.000 Personen gewachsen und die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Die SPD-Ratsfraktion hat deshalb erfolgreich ein kommunales **Wohnraumförderprogramm** auf den Weg gebracht.

Ziel der städtischen Förderung ist der Neubau von preisgünstigem Mietwohnraum im Stadtgebiet an städtebaulich nachhaltig geeigneten Standorten.

Das **Wohnkonzept 2025** zeigt diese Notwendigkeit auf: Die Experten rechnen in der Wohnungsprognose mit einer Nachfrage nach insgesamt 8.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren. Nach den Gutachten zum Wohnkonzept wird der zusätzliche Neubaubedarf bis 2025 bei den Mehrfamilienhäusern mit 5.050 Wohneinheiten angegeben. Der Bestand an Belegrechtswohnungen ist in den vergangenen zehn Jahren von 10,8 auf 6,8 Prozent gesunken. Ziel sind rund 10 Prozent Belegrechtswohnungen, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Mit diesem differenzierten Wohnraumkonzept können wir günstigen Wohnraum in allen Stadtteilen anbieten.

Mit dem Wohnraumförderprogramm sollen in einem Zeitraum von sechs Jahren insgesamt 600 sozial gebundene Wohneinheiten (WE) gefördert werden. Die Förderung besteht aus einer Kombination von einem einmaligen Baukostenzuschuss in Höhe von 20.000 Euro pro Wohneinheit mit einem Aufwendungszuschuss von 2,00 Euro monatlich pro Quadratmeter bei einer 15-jährigen Bindung. Im Förderzeitraum stellt die Landeshauptstadt somit 26 Mio. Euro zur Verfügung. Gleichzeitig startete die Verwaltung die **Wohnbauflächeninitiative**, um die für den Neubau geeigneten und benötigten Flächen zu erschließen.

Die zahlreichen kriegesischen Konflikte in der Welt führen seit Ende 2013 zu einer erhöhten Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland. Auch Hannover ist verpflichtet, seinen Teil dazu beizutragen, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben. Im Januar 2014 lebten in Hannover 1.134 **Flüchtlinge**. Im Juni 2013 hat der Rat den Bau von vier Wohnheimen in Buchholz-Kleefeld, Bothfeld, Ahlem-Badenstedt-Davenstedt und Südstadt-Bult mit jeweils 50 Plätzen beschlossen. Weitere 300 Plätze

sollen in Döhren-Wülfel, in der Nordstadt, in Ricklingen, Vahrenwald-List, Südstadt-Bult und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt entstehen.

Durch die Überarbeitung der „Grundsätze über den Betrieb von Aussiedler- und Flüchtlingswohnheimen in der Landeshauptstadt Hannover“ kann eine Qualitätssteigerung der sozialen Beratung und Betreuung gesichert werden. Die Menschen, die unter schwierigen Bedingungen nach Hannover kommen, sollen sich willkommen fühlen. Vor diesem Hintergrund ist uns als SPD der von allen Fraktionen getragene Antrag zur **Willkommenskultur** ein wichtiges Anliegen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Beratungsangebote auszubauen. Hierzu weitere Informationen im folgenden Kapitel „Integration, Europa und internationale Kooperation“.

Innenstädte nehmen im Stadtgefüge immer eine besondere Bedeutung ein und befinden sich in einem permanenten Wandel. Deshalb ist es wichtig, die Entwicklung zu gestalten. Mit dieser Aufgabe beschäftigen sich die hannoversche Politik und die städtische

Verwaltung sehr intensiv. Schon Ende 2006 initiierte der Rat einen öffentlichen Dialog- und Planungsprozess über die räumliche und funktionale Entwicklung der Innenstadt: **Hannover City 2020+.**

Die Bebauung des Klagesmarktes und des Marstalls sind nur zwei Highlights, die Hannover in den kommenden Jahren noch attraktiver machen.

Alle bislang vorliegenden thematischen Pläne (Wohnen, Schule, Soziales, Kultur, Verkehr, Innenstadt, Einzelhandel, Gewerbe) sollen nun in ein integriertes **Stadtentwicklungskonzept 2030** einfließen und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit erarbeitet werden.

Ebenso wichtig ist der Ausbau und die Pflege unserer **Verkehrsflächen**: Straßen, Radwege und Bürgersteige. Dazu unterstützt die SPD-Ratsfraktion das Sonderprogramm zur Straßen- und Radwegesanierung mit einem Volumen von 50 Mio. Euro. Ganz oben auf der Agenda stehen alle Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und zur Senkung der Verkehrsunfallzahlen.





Integration, Europa
und internationale
Kooperation





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Lars Kelich

Sprecher

Bernd Strauch Ausschussvorsitzender

Désirée Barnert

Regina Fischer

Beratende Mitglieder:

Raif Hussein, Graciela Guáqueta-Korzonnek, Dang Chau Lam, Dr. Dimitra Tekidou-Kühlke

Integration, Europa
und internationale
Kooperation

Die Schwerpunkte der Fraktion im Bereich Internationales liegen insbesondere auf dem Abbau von Diskriminierung und Rassismus, der Förderung des friedlichen Zusammenlebens in den Stadtteilen und dem Bekenntnis zur Willkommenskultur als zentraler Säule der kommunalen Integrationspolitik.

Immer mehr Menschen kommen als **Flüchtlinge** nach Hannover, weil sie in ihren Heimatländern bedroht und verfolgt werden. Diese Menschen benötigen eine besondere Beratung. Für die Beratung und Betreuung der aus Wohnheimen ausziehenden Flüchtlinge (Caritas „Raphaelo-Projekt“) und kargah (allgemeine Flüchtlingsberatung) wurden Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Insgesamt 70.000 Euro werden auf unsere Initiative hin für **Dolmetscherdienste** – innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch Vereinen, Verbänden und Organisationen – zur Verfügung gestellt. Der Bedarf steigt ständig, und seit die Flüchtlingszahlen und die Zuwanderung aus Südosteuropa wachsen, werden die Dolmetscherdienste sehr stark nachgefragt. Sprachbarrieren stellen eines der größten Hemmnisse für gesellschaftliche Teilhabe dar, und die mangelnde Fähigkeit, kommunizieren zu können, befördert Depression und Aggression. Insbesondere die BetreiberInnen der Flüchtlingsunterkünfte und die SozialarbeiterInnen profitieren vom Angebot der Dolmetscherdienste und sind so in der Lage, den neu

eingereisten Menschen bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Wir haben die Förderung des **Haus der Religionen** verstetigt, wo der Dialog zwischen den Religionen in einer multireligiösen und multikulturellen Großstadt gelebt wird. Vom Erfolg dieser Einrichtung zeugt auch die Verleihung des Titels „Ausgezeichneter Ort“, der im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ vergeben wurde. Dauerhaft werden jetzt auch die **Internationalen StadtteilGärten e.V.** gefördert. Dieser Verein hat einen hohen Stellenwert im Sahlkamp, weil er sowohl integrativ in den Stadtteil wirkt als auch die Kultur- und Gartenlandschaft im Sahlkamp wesentlich bereichert.

Wir haben durch unseren Antrag die **Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus** geschaffen, die sich um öffentliche Aufklärung und um Informationsaustausch bemüht, damit Rassismus und Rechtsextremismus auch auf kommunaler Ebene wirksamer bekämpft werden können.

Für **Menschen ohne Papiere** wurde ein Hilfs- und Beratungsangebot eingerichtet. Es ist davon auszugehen, dass in Hannover zwischen 5.000 und 10.000 Menschen in der Illegalität leben. Sie führen ein unsicheres und anonymes Leben in der Stadt und wagen es selbst in dringenden Notlagen aus Angst vor Abschiebung nicht, sich an Beratungseinrichtungen zu wenden. Die Beratungsstellen bei kargah und bei der Diakonischen Migrationsarbeit für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus (Dia-MiPA) sind Anlaufstellen, die vertraulich und neutral arbeiten. Sie bieten Menschen in Not Hilfe und Beratung, um sie nach Möglichkeit aus ihrer Illegalität herauszuführen und ihre elementaren Lebensbedürfnisse zu sichern.

Die SPD-Ratsfraktion unterstützt die Förderung des Netzwerkes MiSO (Zusammenschluss von ca. 40 Gruppen und Vereinen), weil das Engagement der Vereine hoch geschätzt wird und von einem hohen Maß an Identifikation mit der Stadt Hannover getragen wird. Ganz im Sinne des Lokalen Integrationsplans erarbeitet das **MiSO-Netzwerk** seit seinem

Zusammenschluss 2012 ein Unterstützungssystem für Vereine aus den EinwanderInnen-Communities. Der Schwerpunkt liegt u.a. auf der interkulturellen Öffnung der MigrantInnen-Selbstorganisationen.

Die Fraktion hat sich für die Vergabe eines Qualitätssiegels „**Diskriminierungsfreie Disko**“ ausgesprochen. Immer wieder werden vor Diskotheken Menschen diskriminiert und abgewiesen. Rechtlich gibt es bei diesen Vorfällen kaum Möglichkeiten, ordnungspolitisch tätig zu werden. Mit dem Siegel soll für weltoffene Diskothekenbetreiber ein werbewirksamer Anreiz geschaffen werden. Diesen Weg werden wir weiter verfolgen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass sich solche Vorkommnisse in unserer aufgeschlossenen und internationalen Stadt nicht ständig wiederholen.





Soziales





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Dr. Gudrun Koch

Sprecherin

Dr. Jens Menge

Peggy Keller

Robert Nicholls

Beratende Mitglieder:

Jasmin Arabian-Vogel, Reinhold Fahlbusch

Soziales

Im Bereich Soziales waren folgenden Themen in den vergangenen zweieinhalb Jahren zentral für die Fraktion: die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen zu stärken; innovativen Ideen für das Zusammenleben mehrerer Generationen Raum zu geben; das bürgerschaftliche Engagement zu fördern; Beratung und Hilfestellung zu geben für die Schwächsten in unserer (Stadt-)Gesellschaft, insbesondere auch für die Menschen, die als Flüchtlinge nach Hannover kommen oder von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Menschen aus über 160 verschiedenen Nationen leben in Hannover. Viele Menschen kommen jetzt

auch im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zu uns. Damit die Phase des Ankommens noch besser gestaltet werden kann, wird über die AWO-Integrationsberatung das **Beratungsangebot für Zuwanderer** ausgeweitet, die eine Arbeit aufnehmen wollen.

Gleichzeitig werden für Menschen, deren Not in den Herkunftsländern Südosteuropas so groß ist, dass sie sich auch ohne eine gesicherte Perspektive nach Hannover aufmachen, verschiedene unterstützende Systeme entwickelt, die durch die jüngst eingerichtete **Koodinierungsstelle Südosteuropa** gesteuert werden. Diese Stelle ergänzt organisatorisch die be-

reits bestehenden zwei Sozialarbeiterstellen. Flankiert wird diese Arbeit auch durch die Arbeit des Caritas-Projektes OSiRo, das zugewanderten Menschen aus Osteuropa Beratung und Begleitung anbietet.

Durch den **HannoverAktivPass** (HAP) wird vor allem Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilhabe an den kulturellen und sportlichen Angeboten in unserer Stadt ermöglicht. Seit 2013 können auch Personen und Familien, die z.B. Wohngeld beziehen, den HAP nutzen. Im vergangenen Jahr wurde der HAP von 102.956 Personen genutzt, darunter waren 13.500 EmpfängerInnen von Wohngeld. Der HannoverAktivPass wurde ebenfalls für die Erwachsenenbildung und Sprachförderung konsequent weiterentwickelt: Er gilt mittlerweile auch für die Nutzung des Bildungsangebots „Deutsch als Fremdsprache“ und für die Angebote in den Familienbildungsstätten im Bereich der Elternbildung. Eltern mit wenig Geld sollen durch den HAP in die Lage versetzt werden, diese Angebote annehmen zu können.

Die Stadt Hannover hat in einem beispielhaften Verfahren einen eigenen kommunalen Beitrag im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung für die UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt: **Inklusion – auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt**. Menschen mit Behinderungen sollen am städtischen Leben teilnehmen können, ohne sich anpassen zu müssen. Von nun an werden jährliche Berichte der Stadtverwaltung über den fortlaufenden Prozess unterrichten.

Die **Angehörigenarbeit** und die **offene Seniorenarbeit** wurden weiter ausgebaut. Schwerpunkte waren die Themen Demenz und Pflege sowie Hilfen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Betreuungsbedürftigkeit von älteren Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu wurde auch der **Interkulturelle Seniorenratgeber** aktualisiert und in leichter Sprache sowie in mehreren Fremdsprachen aufgelegt.

Die Voraussetzungen für das **Partnerschaftswohnprojekt „Wohnen für Hilfe“**, eine Kooperation zwischen Studierenden und Senioren oder Familien, wurden geschaffen. Für die Idee des Projektes und zur Erörterung seiner Möglichkeiten wurden die notwendigen Akteure wie z.B. das Studentenwerk und die Wohnungswirtschaft, die Universität und weitere Partner an einen Tisch geholt.

Auf unsere Initiative hin ist es gelungen, ein Konzept für den **Umgang mit Alkohol auf öffentlichen Plätzen** zu entwickeln. In Kooperation mit der Stadt Hannover hat das Karl-Lemmermann-Haus ein Verfahren entwickelt, um Konflikte zu entschärfen und damit ein verträglicheres Miteinander zu erreichen.

Der SPD im Rat war es wichtig, dass die **Arbeit der nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme** nachhaltig fortgeführt werden kann. Ab 2014 werden die vier bestehenden Nachbarschaftsinitiativen jährlich gefördert. Für die Beratung, Vernetzung und Unterstützung steht allen Initiativen im Stadtgebiet eine Fachkraft der Verwaltung zur Seite.





Schule





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Michael Klie

Sprecher

Petra de Buhr Ausschussvorsitzende

Dr. Jens Menge

Heidi Pohler-Franke

Beratende Mitglieder:

Berit Hische-Oheim, Hans-Dieter Keil-Süllow, Thomas Wedemeyer

Schule

Hannover ist beliebt und wächst. Die Auswirkungen sind auch im Bereich Bildung spürbar. Von der Grundschule bis zur weiterführenden Schule muss die Schullandschaft in den kommenden Jahren erweitert werden. Daneben sind für uns als SPD auch die qualitative Entwicklung der Schulen und die große Nachfrage nach Betreuung Antrieb.

„Eine gute Bildung ist die beste Grundlage für eine erfolgreiche Entfaltung.“

Getreu diesem Motto sind wesentliche Bausteine bereits gesetzt worden:

Mit der von uns entworfenen **Ganztagsgrundschule Marke Hannover** bieten wir Eltern eine verlässliche Bildung und Betreuung ihrer Kinder und setzen dafür erhebliche städtische Mittel ein. Insgesamt arbeiten heute 27 der insgesamt 57 Grundschulen im Ganztag. Es gilt das Versprechen, dass jede Grundschule Ganztagsgrundschule werden kann. Um die Qualität der Betreuung auszubauen, wurden zuletzt die Mittel für die Kooperationspartner der Nachmittagsbetreuung erhöht. Feste Bestandteile jeder Ganztagsgrundschule sind eine Mensa und ein Freizeitbereich. Um diesen Standard überall zu erreichen, hat die rot-grüne

Ratskoalition zum einen die Investitionsmittel erhöht (insgesamt 20 Mio. Euro bis 2016) und zum anderen die zur Planung, Erarbeitung und Prüfung von Ganztagschulkonzepten erforderlichen Personalstellen im Bereich des Gebäudemanagements und der Schulverwaltung deutlich aufgestockt.

Mithilfe des von uns initiierten **Mittagessenkonzepts** sorgen wir dafür, dass Ganztags Schülerinnen und -schüler der beteiligten Schulen ein gutes und günstiges Essenangebot erhalten. Es kostet durchschnittlich 2,80 Euro, für Kinder aus Bedarfsgemeinschaften 1,00 Euro. Auch eine verlässliche **Ferienbetreuung** an den Ganztagschulen haben wir durchgesetzt.

Gleichzeitig sichern wir die **Schulkinderbetreuung** auch an den hannoverschen Standorten, an denen es noch kein Ganztagsmodell gibt (z.B. in der Grundschule Kastanienhof, durch den Rasensport-

verein von 1926 oder die Initiative „Wellenbrecher“), im Haushalt ab. Darüber hinaus haben wir die Mittel für die **Hausaufgabenhilfe** erhöht. Das **Sanierungsprogramm** für alle Schulen läuft weiter, sodass der Sanierungsbedarf schrittweise abgebaut wird. Beispiele sind der Neubau der IGS Mühlenberg und die Sanierung der Goetheschule.

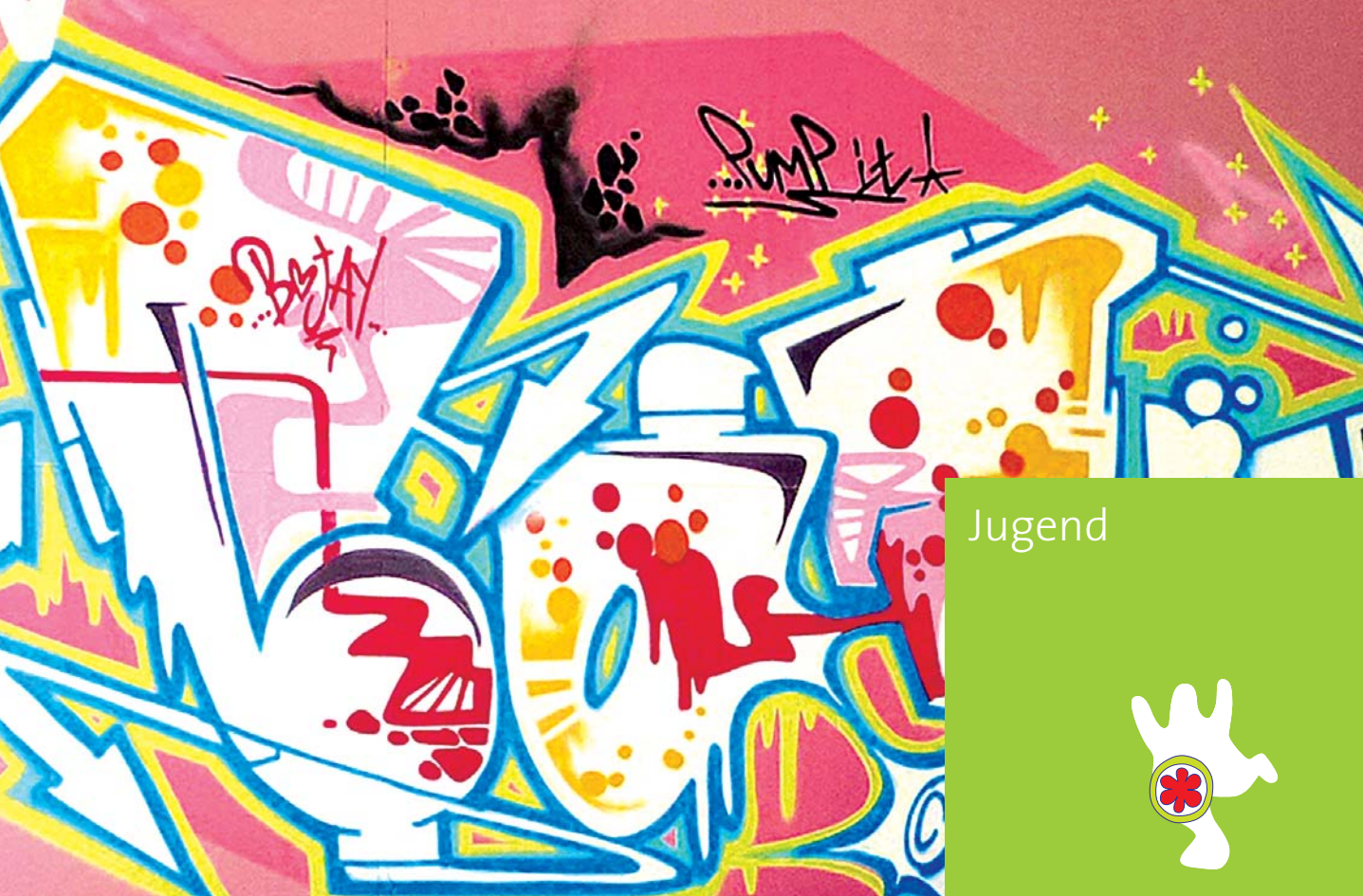
Um die **Inklusion** in hannoverschen Schulen zu fördern, wurde in Zusammenarbeit mit der Region Hannover eine Kontaktstelle zur Auswahl und Beschaffung von Hilfsmitteln und Unterrichtsmaterialien eingerichtet, ebenso ein „Inklusionsbeirat“, der den Schulausschuss unterstützt und berät.

Wir haben Mittel in den städtischen Haushalt eingesetzt, damit ein Masterplan für das **Schulbiologiezentrum** erstellt wird, der alle renovierungsbedürftigen Gebäude und den Botanischen Schulgarten Burg umfassen soll.

Das von uns eingeführte, erfolgreiche **Sprachförderprogramm „Rucksack in der Kita und der Grundschule“** wurde ausgeweitet und verstetigt, damit sprachliche Benachteiligungen schon frühzeitig abgebaut werden.

Im Zentrum unserer Arbeit stehen **gleiche Bildungschancen für alle Kinder**.





Jugend





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Désirée Barnert

Sprecherin

Petra de Buhr Ausschussvorsitzende

Bruno Gill

Kerstin Klebe-Politze

Stimmberechtigte Mitglieder:

Burkhard Teuber, Wilfried Duckstein

Beratende Mitglieder:

Birgit Merkel, Nina Böhme, Christoph Kröner, Petra Hartleben-Baildon

Jugend

In der ersten Hälfte der Wahlperiode war die SPD-Fraktion mit einem besonders großen Thema konfrontiert: dem Rechtsanspruch aller Ein- und Zweijährigen auf einen Krippenplatz ab August 2013.

Wir haben mit unserer Arbeit dazu beigetragen, dass seit 2011 **fast 1.200 neue Krippenplätze** geschaffen wurden und die Stadt Hannover 55,3 Prozent aller Ein- und Zweijährigen eine Betreuung anbieten kann (Stand 12/2013). **Integrative Krippenplätze** haben wir dabei mit bedacht. Auf rot-grünen Beschluss hin

wird sich auch die Qualität der Betreuung deutlich steigern: Im Rahmen eines mehrjährigen Ausbauprogramms wird jede Krippengruppe eine **dritte Betreuungskraft** bekommen. Viele Kitas, die es wünschten, konnten zudem ihre **Betreuungszeiten ausweiten**. Das Engagement der zahlreichen Elterninitiativen unterstützen wir mit zusätzlichen Mitteln für ihren Dachverband, die **Kinderladen Initiative Hannover**, sodass dieser seinen Vertretungskräftepool und die Fachberatung der einzelnen Elternvereine personell ausbauen konnte.

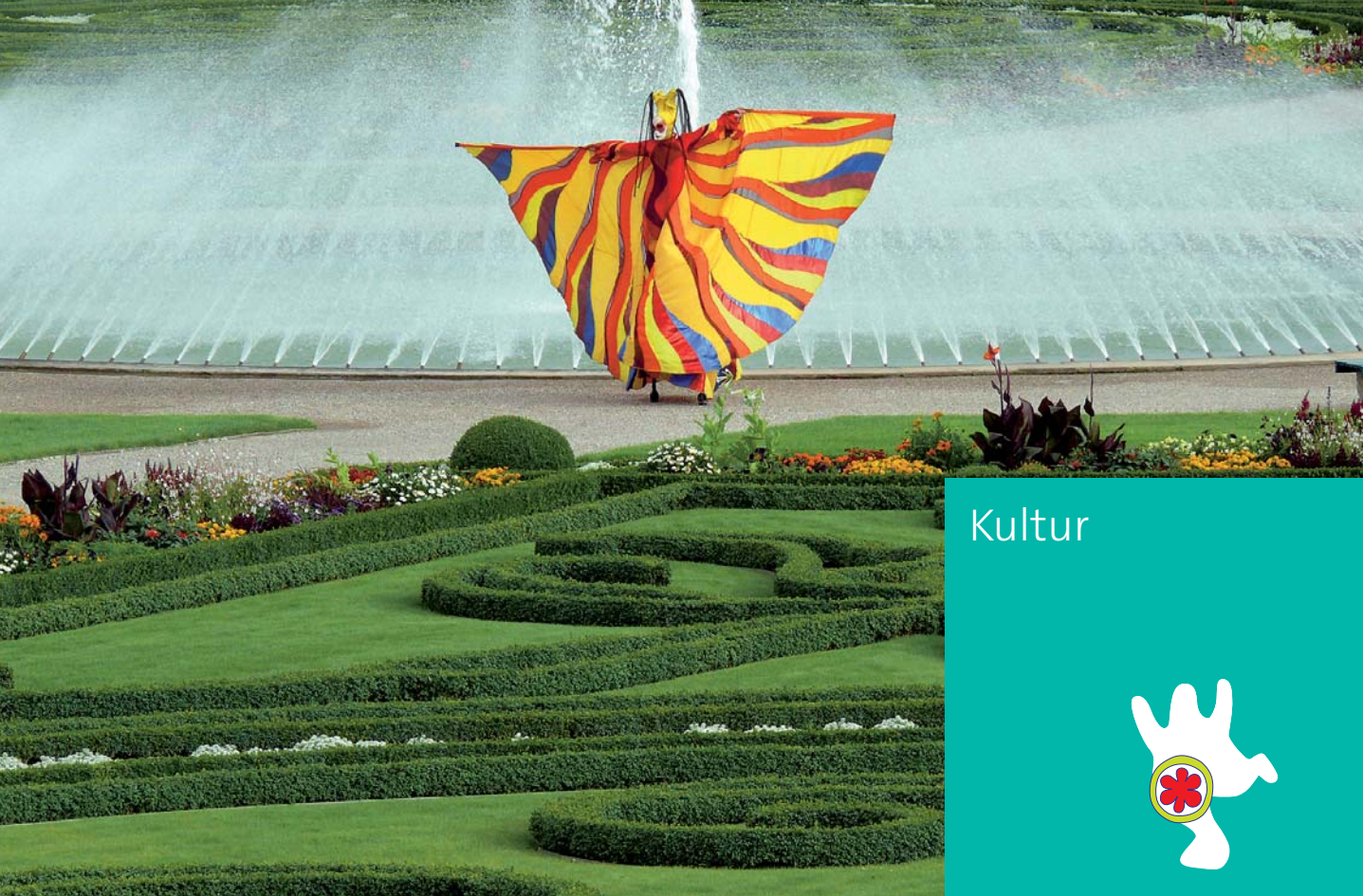
Darüber hinaus setzen wir uns aktiv für die **Elternbildung** ein: In List-Ost, Vahrenheide und der Calenberger Neustadt bieten jetzt drei **Elterntreffs** ein niedrigschwelliges Angebot vor allem für Eltern mit Migrationshintergrund, für Alleinerziehende und für Eltern mit Kindern unter drei Jahren an. Acht weitere **Familienzentren** haben seit 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Hier fördern bspw. **GemeinsamWachsenGruppen** eine bewusste Elternschaft und machen auf erste Bildungsmöglichkeiten aufmerksam – gerade für Kleinstkinder. Darüber hinaus erhalten alle frischgebackenen Eltern ein **Begrüßungspaket**, u.a. mit vielen Tipps für das Leben mit Kindern in Hannover.

Hannover ist dabei, die **offene Kinder- und Jugendarbeit** neu zu organisieren. Alle Träger eines Sozialraumes (i.d.R. Stadtbezirk) arbeiten dabei gemeinsam die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen heraus und überprüfen daraufhin auch das gemeinsame Angebot. Die Ergebnisse werden unsere Arbeit in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wesentlich beeinflussen. Die Arbeit der Träger in nicht-städtischen Immobilien wird seit diesem Jahr mit einem **Mietkostenzuschuss** unterstützt. Darüber hinaus hat die rot-grüne Ratskoalition die Einrichtung eines **Mädchenjugendzentrums** beschlossen, dessen Standort derzeit noch gesucht wird. Durch Haushaltsanträge wurde auch die Raumsituation im **Jugendtreff Anderten** verbessert und die Sanierung des **Treffpunkts Allerweg** angegangen.

Erhöhung der Finanzmittel für

- Mädchenhaus Hannover
- soziale Trainingskurse durch „BAF e.V.“
- Beratung eskalierter Sorgerechtskonflikte durch „Waage e.V.“
- Bildungsprojekt „Hallo Einstein“
- Jugendwohnbegleitung
- Angebot für trauernde Kinder „Löwenzahn“
- Internationalen Jugendaustausch
- Kampf gegen Rechts
- Mentorenprogramm für Grundschulkinder „Balu und Du“
- Beteiligungsprojekte „M.A.J.A.“, „Linie 21“ und „Rollende Baustelle“
- Neues Beteiligungsprojekt beim Stadtjugendring
- Großelterndienst





Kultur





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Belgin Zaman

Sprecherin

Lars Kelich

Dr. Gudrun Koch

Robert Nicholls

Beratende Mitglieder:

Dr. Karin Gafert, Prof. Dr. Gregor Terbuyken, Dr. Sönke Burmeister

Kultur

„Wir müssen / Interesse nicht voraussetzen / sondern interessieren / Motive erkennen, um dann zu motivieren (...) Ich wünschte mir statt Teilhabe und teilnehmen / Mitbestimmung und Gestaltung (...) Wir brauchen / Kooperationen / offene Köpfe / offene Herzen / und den Mut, alte Regeln und Ideen zu verwerfen.“

Dieses Fazit zog der Rapper SPAX bei unserem Workshop „**Kulturelle Teilhabe** – Vision oder Illusion?“ im Sommer 2013. SPAX berührte dabei mehrere Schwerpunkte, die wir uns gesetzt haben: Wie können wir Menschen egal welchen Alters und welcher Herkunft für Kultur interessieren? Wie können wir sie

dazu motivieren, am kulturellen Leben teilzunehmen und sich selbst künstlerisch zu betätigen?

Eine Voraussetzung dafür ist **Bildung**. Deshalb wurde auf unsere Anträge hin ein Konzept für die kulturelle Bildung in Kindertagesstätten entwickelt, sind die Eintrittspreise für die Herrenhäuser Gärten familienfreundlicher gestaltet worden und wird das Kinderkulturabo in interessierten Familienzentren angeboten.

Zudem haben wir dafür gesorgt, dass verschiedene **Kulturinitiativen für Kinder und Jugendliche** unterstützt werden. Dazu gehören das Kindertheater-

festival Spurensuche und das erfolgreiche Projekt Moderner Tanz in Schulen (MOTS), dem wir eine langfristige Perspektive verschaffen wollen.

Hannover ist eine Stadt, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen. Eine Voraussetzung hierfür sind Deutschkurse für Menschen mit Migrationshintergrund, deren Koordination wir verbessert haben. Mit Mitteln für die Digitalisierung der Iranischen Bibliothek stärken wir eine wichtige Institution, die verschiedene Kulturkreise miteinander vernetzt und über Hannover hinaus Strahlkraft besitzt.

Städtepartnerschaften fördern **interkulturelle Kompetenzen und Begegnungen**. Wir möchten deshalb die Beziehungen in die Türkei erweitern und lassen nun die Möglichkeiten und Chancen ausloten, die eine Städtepartnerschaft oder -freundschaft mit den Städten Konya und Diyarbakir bieten.

Kulturelle Teilhabe geschieht vor Ort, in den Stadtteilen. Die Stärkung von Freizeitheimen und ande-

ren Zentren der **Stadtteilkulturarbeit** bildet deshalb einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit: Neben der Sicherung der verschiedenen Standorte und der Unterstützung von Kulturinitiativen in den Stadtteilen widmen wir uns der Frage, wie die Freizeitheimen den Anforderungen unserer Zeit genügen können. Dazu gehört die Barrierefreiheit ebenso wie die Einbindung von kulturellen Initiativen etwa von Menschen mit Migrationshintergrund.

Ein wichtiger Bestandteil des Kulturlebens sind die Museen. Im Rahmen des **Museumsentwicklungsplans** haben wir das Wilhelm-Busch-Museum im Bereich Museumpädagogik unterstützt. Zu unseren Aufgaben gehört schließlich auch die Begleitung der **Bautätigkeit an Kulturstätten**: voran der Neubau des Schlossmuseums Herrenhausen, der Umbau des Pavillons und die Erweiterung des Sprengel Museums. Alle drei sind Aushängeschilder der vielfältigen Kulturlandschaft Hannovers und besitzen eine große Ausstrahlung, die weit über die Grenzen der Stadt hinausreicht.

Bei der **Unterstützung von Künstlergruppen** setzen wir neben etablierten Einrichtungen, wie dem Kunstverein, dem Jazz-Club, dem Literarischen Salon oder dem Medienhaus, auf Innovation und Interdisziplinarität. So möchten wir künftig vor allem Kreativität und die Bereitschaft belohnen, mit anderen Genres der Kulturszene zusammenzuarbeiten und neue Bevölkerungsgruppen für Kultur zu begeistern. Dazu haben wir die Einrichtung eines **Innovationsfonds** beantragt, mit dem das kulturelle Leben Hannovers in den nächsten Jahren neue Impulse erhalten soll. Einen solchen Impuls versprechen wir uns auch von der Bewerbung Hannovers als **UNESCO-City of Music**, die soeben eingereicht worden ist.





Sport





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Peggy Keller

Sprecherin

Kerstin Klebe-Politze Ausschussvorsitzende

Thomas Hermann

Henning Hofmann

Beratende Mitglieder:

Hans Michael Rabe, Wolf Dietmar Kohlstedt

Sport

Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens unserer Stadt, nicht nur mit Blick auf Hannover 96. Der Erhalt, die Sanierung und ein vernünftiges Nutzungskonzept für die Sportstätten bilden einen Schwerpunkt unserer Arbeit, die Aktivierung von Menschen für den Sport einen weiteren.

Einen Rahmen hierfür soll der **Sportentwicklungsplan** bieten, dessen Entwurf wir in Auftrag gegeben haben. Bis dahin unterstützen wir verschiedene Vereine beim Betrieb ihrer Sportstätten, indem wir die städtischen Zuschüsse für **Vereinssportstätten** erhöht und Mittel für deren – auch energetische –

Sanierung bereitgestellt haben. Dadurch können u.a. der Kunstrasenplatz beim TSV Bemerode und die Beschallungsanlage des Erika-Fisch-Stadions erneuert werden.

Damit die **Hallen** durch Vereine und Schulen besser genutzt werden können, haben wir ein Internetportal zur Koordinierung der Hallennutzung beantragt.

„Ein Sportverein ohne **Ehrenamt**? Nicht vorstellbar“, dieses Fazit haben wir auf einer Veranstaltung der SPD-Ratsfraktion im Herbst 2013 gezogen. Dementsprechend haben wir das unverzichtbare ehrenamtli-

che Engagement in den Vereinen dadurch gestärkt, dass wir die Mittel für ÜbungsleiterInnen erhöht haben. Zudem haben wir die Qualifizierung von „Sportassistentinnen interkulturell“ auf den Weg gebracht, um mehr **Frauen mit Migrationshintergrund** für den Sport und für das Vereinsleben zu gewinnen.

Die Zukunftsfähigkeit der **Bäder** steht auf unserer Agenda. Auf unseren Antrag hin hat die Stadtverwaltung eine umfangreiche Bestandsaufnahme der hannoverschen Bäder vorgelegt. Auf deren Grundlage werden wir gemeinsam mit der Verwaltung und den Vereinen ein Bäderkonzept entwickeln, das den Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt Rechnung trägt. Um kurzfristige Sanierungsmaßnahmen beginnen zu können, haben wir bereits bis zum Jahr 2015 Planungsmittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt.

Damit auch Familien aus prekären Verhältnissen Sport treiben können, haben wir beschlossen, das erfolgreiche Programm des **HannoverAktivPasses** fortzuführen. Neben einem vergünstigten Eintritt in Hallen- und Freibäder werden für Kinder und Jugendliche Anteile an den Vereinsbeiträgen übernommen. Über 1.200 Kinder und Jugendliche profitieren davon, und über 350 sind aufgrund dieser Förderung überhaupt erst in Sportvereine eingetreten.

Wir gehen verantwortungsbewusst mit der **Geschichte** Hannovers um. Im Rahmen der Stärkung der Erinnerungskultur unserer Stadt möchten wir eine Studie zur Geschichte der Sportvereine unter dem Nationalsozialismus in Auftrag geben. Eine Gedenktafel soll jenen Sportlerinnen und Sportler gewidmet werden, die während der NS-Diktatur verfolgt, vertrieben und ermordet worden sind.



Hannover



**BUNDESHAUPTSTADT
der BIODIVERSITÄT**



Deutsche Umwelthilfe



Umweltschutz
und Grünflächen





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Jürgen Mineur

Sprecher

Henning Hofmann

Lars Kelich

Ewald Nagel

Beratende Mitglieder:

Carola Sandkühler, Dr. Ingo Wöhler

Umweltschutz und Grünflächen

Die Schwerpunkte der SPD-Ratsfraktion im Umweltbereich lagen in den letzten zweieinhalb Jahren bei den öffentlichen Grünflächen und Wäldern, dem Klimaschutz in der Stadt und der Förderung der Umweltinitiativen. Ziel dabei war die **Stärkung des ehrenamtlichen Engagements**, denn Vereine wie BiU (Bürgerinitiative Umweltschutz) oder Transition Town sorgen mit ihrer Arbeit, z.B. durch Bildungs- und Veranstaltungsangebote, dafür, dass das Umweltbewusstsein und das Verantwortungsgefühl für künftige Generationen gestärkt werden.

Die politische Arbeit im Umweltbereich hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Qualität der Parks und Grünflächen in der Landeshauptstadt bei den Repräsentativerhebungen zur Einschätzung der Lebensbedingungen in Hannover einen Spitzenplatz (2. Platz mit 89 Prozent „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“) hält. Dies ist für unsere Arbeit Verpflichtung und Ansporn zugleich.

Im Grünflächenbereich wird auf SPD-Initiative hin der gestiegenen Intensität bei der Unterhaltung und der Flächenzunahme durch Aufstockung von

Pflegepersonal Rechnung getragen. Darüber hinaus wird bei den **Grünflächen**, in den Parks oder auf den Friedhöfen und Spielplätzen die Teilhabe aller Menschen im Sinne der inklusiven Stadt durch **Barrierefreiheit** ein größeres Augenmerk geschenkt. Dazu zählt für uns ebenso die Erarbeitung eines innovativen Kleingartenkonzepts, auch unter Einbeziehung von inklusiven Kriterien, sowie die Anlage von weiteren Bewegungsparcours.

Die weitere **Förderung des Radverkehrs** als umweltfreundliches Fortbewegungsmittel ist für die Fraktion ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört auch die Befestigung von überörtlichen Wegen in den Grünflächen. Die Ausweitung des Winterdienstes in diesen Bereichen sorgt für ganzjährig sichere und komfortabel nutzbare Radwege. Dies sind wichtige Voraussetzungen, damit die Landeshauptstadt ihr Ziel erreicht, in zehn Jahren den Anteil des Radverkehrs von derzeit 19 auf 25 Prozent zu steigern.

Die kommunalen Anstrengungen für den **Klimaschutz** werden durch eine verstärkte Förderung von Fernwärmeanschlüssen, Blockheizkraftwerken und Nahwärmenetzen fortgesetzt. Die CO₂-Bilanz Hannovers zeigt, dass in jenen Bereichen, in denen die Stadt selbst handeln kann, große Erfolge bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen erzielt werden konnten. Deshalb haben wir die Programme Energetische Quartiersentwicklung, Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau und Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung mit zusätzlichen Fördermitteln ausgestattet. Zurzeit wird auch der in einem einjährigen Prozess erarbeitete Masterplan 100 Prozent Klimaschutz der Öffentlichkeit vorgestellt. Alle genannten Programme sind von der rot-grünen Ratsmehrheit durch Anträge initiiert worden.

Die bauliche Umsetzung der vor zehn Jahren beschlossenen Maßnahmen zum **Hochwasserschutz** schreiten gut voran. Die Benno-Ohnesorg-Brücke

ist fertig gestellt und die Vorlandabgrabungen gegenüber dem Ihmezentrum sind beendet. Gebaut wird noch an der Deichverlängerung im Süden Ricklingens bis an den Südschnellweg. Aktuell ist die Verwaltung beauftragt, mögliche Hochwassergefahren für die Calenberger Neustadt, Südstadt und Döhren unter die Lupe zu nehmen.





Arbeit und
Wirtschaft





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Martin Hanske

Sprecher

Anne-Maria Gahbler

Christine Ranke-Heck

Ewald Nagel

Beratende Mitglieder:

Thomas Behnke, Olaf Weinelt

Arbeit und Wirtschaft

Die hannoversche Wirtschaft entwickelt sich erfreulich dynamisch. Weil viele Unternehmen expandieren oder neue Arbeitsplätze in Hannover schaffen, bezifferte die Bundesagentur für Arbeit Mitte 2013 den **Anstieg der sozialversicherten Arbeitsplätze** auf 291.150 (ein Plus von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Wichtige Impulsgeber für den Arbeitsmarkt sind Industrie und Handel und nach wie vor das Gesundheits- und Sozialwesen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung, das Flächenmanagement, die Immobilienvermarktung und die

Sanierung der städtischen Gebäude stellen besondere Schwerpunkte in der Arbeit der Fraktion dar.

Die **Eröffnung des Technologiezentrums im Wissenschaftspark Marienwerder** für technologieorientierte Unternehmen im Juni 2013 ist ein besonderer Erfolg der Wirtschaftsförderung in Hannover. Nach Sanierung der 10 Hektar großen Industriebrache entstand dort durch hannoverimpuls, die gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft von Landeshauptstadt und Region Hannover, das dritte Zentrum für Start-ups, nach CampMedia (Expo Park)

und der HALLE 96 (ehemaliges Hanomag-Gelände). Hier angesiedelte Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen schätzen nicht nur die Nähe zur Leibniz Universität und zu international kooperierenden Forschungseinrichtungen, sondern auch die Vernetzung mit benachbarten Wirtschaftsunternehmen.

Hannover spielt in der ersten Liga im **Städtetourismus**. Der Aufwind im Messegeschäft und der Anstieg im Individualtourismus haben dafür gesorgt, dass die Millionengrenze bei den Übernachtungen in Hannover auch im Jahr 2013 deutlich überschritten wurde: Nach Angaben des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie verzeichnete die Landeshauptstadt Hannover 2.081.824 Gästeübernachtungen. Die beispielhafte Stadtentwicklung Hannovers und die gezielten Marketingaktivitäten sind erfolgreich. Sie führen dazu, dass besonders die Bilanz der Besucherinnen und Besu-

cher aus dem Ausland (448.031 Übernachtungen in 2013) bemerkenswert ist. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass man in Hannover **gut leben und gut unterwegs** sein kann: Der vorbildlich ausgebaut öffentliche Nahverkehr, die hervorragenden Einkaufsmöglichkeiten, die gastronomische Vielfalt und das breite Spektrum verschiedenster Veranstaltungen ziehen immer mehr Gäste an.

Zu einem wichtigen Bestandteil der hannoverschen Standortpolitik zählt auch die **Bereitstellung von Grundstücken für gemeinschaftliche Wohnformen**. Die Nachfrage nach geeigneten Objekten für das gemeinschaftliche Wohnen steigt. Deshalb wurden die Voraussetzungen für die Unterstützung von Baugemeinschaften für Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens geschaffen.



Frauen Macht Meinung

...m internationalen Frauentag
Quellenangabe: photocase.com © J...

...nationale Frauenpolitik –
...ur Geschlechtergerechtigkeit

Gleichstellung





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Regina Fischer

Sprecherin und stv. Ausschussvorsitzende

Heidi Pohler-Franke

Wolfram Römer

Bruno Gill

Beratende Mitglieder:

Franz Moormann, Dr. Zulia Gubaydullina

Gleichstellung

Gleichstellung ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Aus diesem Grund arbeitet die SPD auf ganz verschiedenen Feldern des gesellschaftlichen Lebens in Hannover. Unsere Gleichstellungspolitik berührt Fragen der Wirtschaft und des Sozialen ebenso wie die Bereiche der (inneren) Sicherheit und der Bildung.

Während etwa bundesweit noch über Geschlechterquoten in **Führungspositionen** der Wirtschaft gestritten wird, setzt unsere Fraktion in dieser Frage bereits Gleichberechtigung um: 46 Prozent der Aufsichtsrats-

mandate, die Mitglieder unserer Ratsfraktion wahrnehmen, sind von Frauen besetzt.

Wir haben beantragt, auch in der Stadtverwaltung und in den städtischen Beteiligungen den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen. Die Umsetzung dieses Vorhabens hat der Rat in einer Aktuellen Stunde im Juli 2012 diskutiert.

Der Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover zur **Umsetzung der EU-Charta zur Gleichstellung** von Frauen und Männern wurde auf unseren Antrag hin erweitert: Neu aufgenommen wurden das Engage-

ment gegen Menschenhandel, die Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen im öffentlichen Vertrags- und Beschaffungswesen sowie das öffentliche Engagement der Landeshauptstadt in Gleichstellungsfragen.

In welchem Umfang städtische Gelder Einfluss auf die soziale Position von Frauen und Männern haben, kann durch **Gender Budgeting** analysiert und ge-

steuert werden. Die Erprobung dieses Instruments haben wir im vergangenen Jahr durchgesetzt, sodass gegenwärtig für einzelne Projekte im Bereich der Stadtteilkulturarbeit und in der Wirtschaftsförderung ein Gender Budgeting entwickelt wird. Auf unsere Initiative hin ist nun der Bereich Gleichstellung im Haushalt der Landeshauptstadt als wesentliches Produkt ausgewiesen. Die Erarbeitung einer sogenannten Work Place Policy



(Arbeitsrichtlinie) gegen häusliche Gewalt durch die Verwaltung war eine der Maßnahmen, die wir im Bereich **Hilfe gegen häusliche Gewalt** durchgesetzt haben. Zu diesem Arbeitsbereich zählen weiterhin die Unterstützung von Beratungs- und Hilfsangeboten – u.a. von Migrantinnen durch den Verein kargah/ SUANA – sowohl für Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden, als auch für sexuell traumatisierte Männer durch das Männerbüro. Des Weiteren haben wir für die Prävention von Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderung zusätzliche Mittel bereitgestellt. Um für dieses Thema zu sensibilisieren, soll die Verwaltung hierzu einen Fachtag ausrichten.

Auch wenn Homosexualität heute gesellschaftlich weitaus mehr akzeptiert wird als noch vor wenigen Jahren, werden Lesben und Schwule nach wie vor diskriminiert. Einen weiteren Schwerpunkt bildet deshalb unser **Engagement gegen Homophobie**. Neben dem öffentlichkeitswirksamen Christopher-Street-Day unterstützen wir SchLAU e.V., einen Verein, der an Schulen über Homosexualität aufklärt und Vorurteile dagegen abbauen will. Für die städtischen Beratungsstellen für Lesben und Schwule haben wir zusätzliche Personalkosten beantragt.

Zudem hat der Rat eine von uns entworfene Resolution verabschiedet, die die Landesregierung auffordert, sich auf Bundesebene für eine Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule einzusetzen.





Organisation
und Personal





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Bruno Gill

Sprecher

Christine Kastning Ausschussvorsitzende

Wolfram Römer

Michael Klie

Organisation und Personal

Im Bereich Organisation und Personal waren in den vergangenen zweieinhalb Jahren die Themengebiete e-Governance, BürgerInnenbeteiligung, Wiedereingliederung und Gebäudereinigung maßgeblich.

Hannover wird bundesweit mit **neuen Formen der Beteiligung** in Verbindung gebracht. Um dieser Rolle gerecht zu werden, ist eine andauernde Überprüfung der Beteiligungsformen notwendig. Vor diesem Hintergrund haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Intensivierung der direkten elektronischen Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung zu erarbeiten. Dabei sollen auch elektro-

nische Signaturen und zertifizierte Mailsysteme eingesetzt werden. Durch den Einsatz von **e-Government** konnte der Kontakt zwischen BürgerInnen und Verwaltung in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Dieser Prozess soll weiter verfolgt werden. Auf unseren Antrag hin wird in diesem Jahr eine Weiterentwicklung der e-Government-Strategie auf Basis des neuen e-Government-Gesetzes umgesetzt.

Wir wissen, auch in einer Stadt wie Hannover ist nicht immer alles gut. Deshalb wurde auf unseren Antrag hin die Möglichkeit, Mängel mitzuteilen, deutlich vereinfacht: Auf Hannover.de ist nun

„Der direkte Draht zur Stadtverwaltung“ im Bereich „Bürgerservice in der Landeshauptstadt Hannover“ wie auch unter „Hilfe, Beratung und Notdienste“ im gleichen Bereich direkt unter „Leben in der Region Hannover“ platziert worden. Hier können Ideen und Beschwerden online kommuniziert werden.

Hannover hat als eine der ersten Kommunen auf Grundlage eines rot-grünen Antrages ein Pilotprojekt „**Anonyme Bewerbungen**“ gestartet und bereits ausgewertet. Die außerordentlich positiven Meinungen der an dem Pilotprojekt Teilnehmenden zu dem Verzicht auf Fotos in Bewerbungsunterlagen wurden langfristig aufgenommen und haben dazu geführt, dass alle Ausschreibungen der Landeshauptstadt in Zukunft mit einem entsprechenden Hinweis versehen werden. Zudem wird in Drucksachen, Anträgen an den Gesamtpersonalrat und Bewerberübersichten auf das Geburtsdatum verzichtet.

Die Anforderungen und Aufgaben der **VerwaltungsmitarbeiterInnen** sind in den vergangenen Jahren



gestiegen. Programme wie der Ausbau der Ganztagschulen und Krippen haben ihren Teil dazu beigetragen. Vor diesem Hintergrund haben wir in den vergangenen Jahren finanzpolitisch verantwortungsbewusst den Stellenplan dort ausgeweitet, wo es notwendig war.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich auch dem Thema **Wiedereingliederungsmanagement** gewidmet. Durch die Erstellung eines detaillierten Konzeptes zur Wiedereingliederung ins Arbeitsleben nach krankheitsbedingtem Verlust der Eignung für die ursprüngliche Tätigkeit sollen Unterstützungsangebote für langzeiterkrankte MitarbeiterInnen der Landeshauptstadt deutlich verbessert und bereits 2014 erste Maßnahmen umgesetzt werden.

Das Thema „Sauberkeit an Schulen“ nimmt in fast jeder Kommune einen wichtigen Stellenwert ein. Hannover hat mit dem Ausbau der Ganztagschulen deutliche bildungspolitische Zeichen gesetzt. Dass dies Konsequenzen auch für die Reinigung hat, haben wir zu den Haushaltsplanberatungen 2014

mit einem Antrag auf eine zweite Reinigung der Sanitäreinrichtungen an allen Ganztagschulen gezeigt.

Daneben haben wir aktuell die Verwaltung beauftragt, fachübergreifend ein Handlungsprogramm für die **Gebäudereinigung** zu erarbeiten.





Haushalt, Finanzen und Rechnungs- prüfung





MITGLIEDER DES FACHAUSSCHUSSES

Ralf Borchers

Sprecher

Thomas Hermann Ausschussvorsitzender

Christine Kastning

Belgin Zaman

Haushalt, Finanzen und Rechnungs- prüfung

Unser Ziel ist eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Das heißt: Wir wollen, dass die Stadt auch finanziell mittel- und langfristig handlungsfähig bleibt. Dies liegt im Interesse Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen in der Stadt.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben sich die städtischen Finanzen sehr positiv entwickelt. Der Konjunkturaufschwung und eine prosperierende Wirtschaft am Standort Hannover haben zu einer deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen (Einkommensteuer und Gewerbesteuer) geführt. Dennoch hat die SPD-Ratsfraktion am Kurs der Haushaltskonsolidierung mit einer sparsamen Aus-

gabenpolitik und restriktiver Haushaltsbewirtschaftung festgehalten.

So weist der Haushaltsplan 2014 nach 2013 ebenfalls einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt aus. Für das Jahr 2013 wird sogar ein Überschuss von rund 30 Mio. Euro erwartet. Dazu tragen auch die Gewerbesteureinnahmen bei. Im Haushaltsjahr 2014 werden Gewerbesteureinnahmen von 556,2 Mio. Euro zugrunde gelegt.

Zu Beginn dieser Ratsperiode sind wir mit dem **8. Haushaltssicherungskonzept** (HSK VIII) gestartet. In dessen Rahmen wurden Einsparungen und Ein-

nahmeverbesserungen von 73,5 Mio. Euro beschlossen.

Die fortgesetzte Haushaltskonsolidierung und die gute Entwicklung der Einnahmen haben uns gleichzeitig die finanziellen Spielräume gegeben, gezielt in die Zukunft zu investieren. Das meint einerseits die erheblichen Investitionen in die Gebäudesanierung und Investitionen in die sonstige kommunale Infrastruktur und andererseits die Deckung neuer Bedarfe wie z.B. im Wohnungsbau.

So haben wir insbesondere zum Haushalt 2013 Schwerpunkte für die kommenden Jahre gesetzt. Diese finden sich im Bereich **Kinderbetreuung** im quantitativen (Kita-Ausbau) wie auch im qualitativen Sinne (Finanzierung einer dritten Betreuungskraft in den Krippen) wieder. Auch der Ausbau von **Ganztagsgrundschulen** (hier haben wir das Investitionsvolumen für die Ganztagschulen um 20 Mio. Euro bis 2016 fast verdoppelt) und das kommunale **Wohnraumförderprogramm** mit einem Volumen von 26 Mio. Euro standen im Fokus.

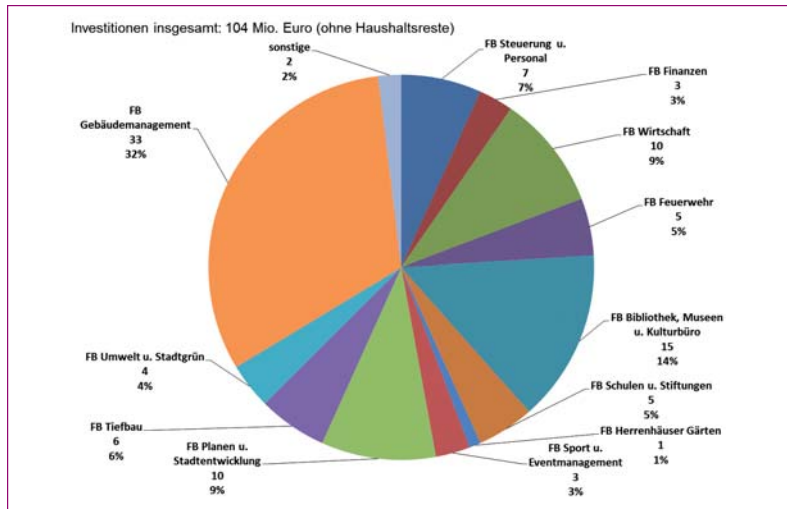
Freie Träger erfüllen in Hannover mit ihrer Arbeit wichtige stadtpolitische Aufgaben. Auch sie sind von jährlichen Preissteigerungen und erhöhten Personalkosten betroffen. Aus diesem Grund haben wir zum Haushalt 2013 eine **Erhöhung der Zuwendungen** um pauschal 3 Prozent vorgenommen.

2012 wurde die **erste Eröffnungsbilanz** der Landeshauptstadt Hannover vorgelegt. Hier wurden das Vermögen und die Schulden einschließlich der Rückstellungen der Stadt erstmals vollständig dargestellt. Die Nettosition der Landeshauptstadt Hannover beträgt in der Eröffnungsbilanz über 7 Mrd. Euro, das Basisreinvermögen über 6 Mrd. Euro. Dies ist, insbesondere im Vergleich mit anderen Kommunen, durchaus beträchtlich. Auch die Eröffnungsbilanz zeigt: Die Stadt steht finanziell auf einem soliden Fundament, Ängste vor einer erdrückenden Schuldenlast der Stadt sind unbegründet.

Die **städtischen Beteiligungen** – Deutsche Messe AG, Stadtwerke Hannover AG, Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Versorgungs- und Verkehrsgesell-

schaft Hannover mbH (VVG), üstra AG, union-boden gmbh, Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) u.a. – haben eine große Bedeutung für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt der Stadt und Region. Sie nehmen wichtige kommunale Aufgaben wahr. Darüber hinaus sind die Gewinnabführungen und die Konzessionsabgaben für den städtischen Haushalt unverzichtbar. Auch deshalb haben wir ein großes Interesse an einer vitalen Entwicklung unserer Beteiligungen. Durch die Gründung eines Gleichordnungskonzerns von GBH und union-boden haben wir weitere Synergiepotentiale erschlossen und diese Gesellschaften gestärkt. Beide sind wichtige Partner für Investitionen in den Wohnungsbau und in die Schulen unserer Stadt. Die Deutsche Messe AG hat sich durch eine Kapitalzuführung und ein Sanierungsprogramm stabilisiert, die Stadtwerke Hannover behaupten sich in einem sehr schwierigen Marktumfeld.

Wir meinen: Man darf nicht leichtfertig mit den Beteiligungen spielen und ihre positive Wirkung für Stadt und Region durch Forderungen nach Privatisierung gefährden. Die SPD-Ratsfraktion steht zu den städtischen Beteiligungen.



Impressum

Herausgeber
SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Fon: 0511.168 45 310
Fax: 0511.168 43 624
spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion
Eva Bender, Marc-Dietrich Ohse, Imke Weihmann

V.i.S.d.P.
Eva Bender

Gestaltungskonzept
Sabine Panse, dacorpo design Hannover

Druck
BWH GmbH - Die Publishing Company



Fotonachweise

Cover: Hände: Jock+scott-photocase.com
Begrüßung: Leinebrandung
Stadtentwicklung und Bauen: LHH
Integration, Europa und internationale Kooperation: Kacheln: privat und Stifte: møt-photocase.com
Soziales: cydonna-photocase.com und privat
Schule: privat und Füße: ines89-photocase.com
Jugend: Quelle unbekannt und Musiker: bastografie-photocase.com
Kultur: Herrenhausen: Bernd Ellerbrock und Nana: Sabine Panse
Sport: Kinder Fußball: Stephan Möller und Stadion: privat
Umweltschutz und Grünflächen: privat und Benno-Ohnesorg-Brücke: Sabine Panse
Arbeit und Wirtschaft: Technologiezentrum Marienwerder: LHH und Maschsee: flickr.com/11981653025
Gleichstellung: Flyer: privat; Ritterinnen: Pressestelle LHH; Regenbogenschuhe: Nadine Platzek-photocase.com
Organisation und Personal: Rathaus: privat; Dosentelefon: david dieschburg-photocase.com; Schulzentrum Badenstedt: Sabine Panse
Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung: manun-photocase.com

Porträts Ratsmitglieder: Fender
Porträt Stefan Schostok: LHH
Fraktionsvorstand: privat
Foto oben: privat



V.l.n.r.: Désirée Barnert, Jürgen Mineur, Thomas Hermann, Michael Klie, Christine Kastning,
Belgin Zaman, Gudrun Koch

